

Titel	Kein Paternalismus gegenüber Sexarbeiter*innen!
AntragstellerInnen	Jusos Halle
Zur Weiterleitung an	SPD-Landesparteitag Sachsen-Anhalt

Kein Paternalismus gegenüber Sexarbeiter*innen!

Einleitung

Grundsätzlich sehen wir: Sexarbeit ist Arbeit. Doch Sexarbeiter*innen genießen nicht den gleichen Schutz wie andere Arbeitnehmer*innen. Unser Ziel als Jusos ist es, diese Arbeit, wie jede andere auch, bestmöglich zu unterstützen und FINTA* und Männer zu schützen. Dieser Schutz muss aber auch für alle gelten, die diese Arbeit nicht freiwillig ausüben. Deshalb soll die Sexarbeit in einem selbstbestimmten und entstigmatisierten Rahmen stattfinden. Denn eine Kriminialisierung wird die Sexarbeit nicht verhindern und niemanden vor unfreiwilliger Sexarbeit schützen.

Forderungen

Diese sehen dabei die dringende Notwendigkeit für:

- einen Ausbau der finanziellen Förderung von Programmen, die Einsteiger*innen in die Sexarbeit begleiten.
- eine Förderung der Ausübung selbstbestimmter Sexarbeit, in dem das Meldeverfahren einer solchen Tätigkeit wie für eine Selbstständigkeit reduziert und die gesundheitliche Betreuung vereinfacht wird.
- eine Förderung der Entstigmatisierung des Berufs und einer aktiven Aufklärungsarbeit, die schon im Schulunterricht beginnt.
- stärkere finanzielle, materielle und personelle Förderung von Programmen für Aussteiger*innen aus der Sexarbeit im Rahmen von Notunterkünften und niedrigschwelligen Beratungsstellen.
- eine Änderung des Prostitutionsgesetzes (ProstG), sodass die Eigenständigkeit und Selbstständigkeit von Sexarbeiter*innen stärker herausgestellt und gefördert wird.
- und die Förderung und den Ausbau von professioneller therapeutischer Begleitung im Bereich der Sexarbeit

- sowie die Erweiterung und Förderung eines niedrigschwelligen Zugangs zur Gesundheitsprävention von vulnerablen Gruppen.
- Stärkung der personellen Ausstattung des Zolls und die Erhöhung der Kontrollfrequenz zur Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution

Außerdem fordern wir die Organisation von Sexarbeit in genossenschaftlichen Strukturen.

Denn in einer genossenschaftlichen Arbeitsstruktur haben alle Mitglieder das Recht, an Entscheidungsprozessen teilzunehmen und über ihre Arbeit selbst zu bestimmen. Dies fördert eine selbstbestimmte Arbeitsumgebung und ermöglicht den Sexarbeiter*innen, ihre Interessen selbst zu vertreten.

Genossenschaften sind darauf ausgerichtet, den Bedürfnissen ihrer Mitglieder zu dienen. Das bedeutet, dass sie am ehesten dazu geeignet sind, solche Bedingungen zu schaffen, die selbstbestimmte Arbeit ermöglichen. Andere Formen der Organisation hingegen basieren auf hierarchischen Strukturen, in denen die Arbeitsbedingungen durch die angestrebte Gewinnmaximierung weniger bestimmt werden. Somit ist eine selbstbestimmte Arbeit nicht möglich.

Diese Gründe zeigen, warum die genossenschaftliche Organisation von Sexarbeit notwendig ist, da sie eine alternative Form des Wirtschaftens bietet, bei der die Arbeiter*innen Einfluss haben und allein sie von ihrer Arbeit profitieren.

Die im voraus genannten Forderungen/Maßnahmen leisten einen wichtigen Beitrag dazu, eine rein selbstbestimmte Sexarbeit zu ermöglichen und diese sicher zu gestalten.

Innerhalb Sachsen-Anhalt gibt es Förderprogramme für Sexarbeiter*innen, wie zum Beispiel von der AWO Sachsen-Anhalt das Mobile Beratungsangebot Magdalena für Sexarbeiter*innen, welche Sexarbeiter*innen in verschiedenen Bereichen unterstützt, wie zum Beispiel die Anmeldung nach Prostitutionsschutzgesetz, Gewerbliche Selbstständige oder Berufliche Neuorientierung und Ausstiegshilfen, dabei ist zu sehen das sie anonym, kostenfrei und akzeptierend arbeiten, diese Förderungsprojekte sollten unterstützt werden.

Ziel unseres politischen Handelns ist die Überwindung des Patriarchats und des Kapitalismus, die ausbeuterische Strukturen ermöglichen und unterstützen.

Zur Weiterleitung an

SPD-Landesparteitag Sachsen-Anhalt